

- 6. AUG. 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/21711/158

Bonn, den 3. August 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 1a Ungenügende Information über die Bundesrepublik 60  
Stimmung gegenüber Deutschland verschlechtert  
Von G. Markscheffel

2 - 3 So ändern sich die - Artikel 80  
Neue amerikanische Kontrollvorschläge für Atomtests?  
Von unseren Korrespondenten in Genf, Bruno Küster

4 Symptomatisch? 37  
"Air-France" und die Oder-Weiße-Linie

Unser Auslandsbericht:

5 - 6 Widerstand gegen sozialen Fortschritt in Lateinamerika 93  
Peru-Diktatur "auf legal"  
Von Max Diamant

\* \* \*  
\* \* \*

Chefredakteur Günter Markscheffel

Ungenügende Information über die Bundesrepublik

Stimmung gegenüber Deutschland verschlechtert  
Von G. Markscheffel

In Bonner Auswärtigen Amt mehren sich Berichte der deutschen Botschaften in den westlichen Hauptstädten, aus denen hervorgeht, daß die Grundstimmung gegenüber der Bundesrepublik in diesen Ländern kaum besser, sondern schlechter geworden ist. In den USA, in Kanada, Belgien, Italien und auch in den skandinavischen Ländern wird die Anzahl unfreundlicher Filme größer, Bücher mit antideutschen Tendenzen weisen steigende Auflagenziffern aus und sogar Groschenhefte mit Darstellungen von angeblichen Missetaten deutscher Soldaten während des zweiten Weltkrieges werden in wachsender Zahl in den Zeitungskiosken und Buchhandlungen angeboten - und gekauft.

Ursachen

Untersuchungen haben ergeben, daß diese Entwicklung nicht ausschließlich auf die verstärkte Propagandaaktionen Pankows gegen die Bundesrepublik zurückzuführen sein soll, sondern ihren Ursprung in Grundstimmungen zu haben scheint, die zum Teil von der Furcht vor einem weltweiten bewaffneten Konflikt "wegen Deutschland" ausgehen. Selbstverständlich - so wird in den erwähnten Berichten versichert - wirke sich diese Stimmung nicht in der offiziellen Politik der mit der Bundesrepublik befreundeten und alliierten Staaten aus.

Eigene Fehler

So erfreulich dies sein mag, so betrüblich ist andererseits die Feststellung, daß ein Teil der antideutschen Stimmungen durch Nachrichten aus der Bundesrepublik selbst genährt wird. Der "Fall Pränkel" und die Tatsache, daß nur verhältnismäßig wenige Richter des früheren Nazi-regimes von der Möglichkeit einer vorzeitigen Pensionierung Gebrauch gemacht haben, führte - besonders in Provinzzeitungen - zu äußerst bissigen Kommentaren über die Bundesrepublik. In Skandinavien hat man zum Beispiel nicht vergessen, daß eine große Partei im Bundestagswahlkampf 1961 versucht hatte, gegen den Kanzlerkandidaten der SPD, Willy Brandt, mit dem Hinweis auf dessen Hitlergegenschaft Stimmung gegen

die Sozialdemokratie zu machen.

### Lob für "Unteilbares Deutschland"

In den Berichten der deutschen Botschaften wird auch Klage darüber geführt, daß die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesrepublik im Ausland häufig von Personen getragen wird, deren eigene politische Vergangenheit keineswegs mit den im Ausland üblichen Vorstellungen von einem demokratischen Deutschland in Einklang zu bringen ist. Gelobt wird dagegen die Auslandstätigkeit des "Kuratoriums Unteilbares Deutschland", wobei allerdings mit Bedauern festgestellt wird, daß diese Aktivität zu wenig in den befreundeten Staaten mit französischer Sprache zum Tragen kommt.

### Unvollständig und zu spät

Allgemein wird jedoch Klage darüber geführt, daß die deutschen Auslandsvertretungen zu unvollständig und meist auch zu spät Informationsmaterial erhalten, das den aktuellen Bedürfnissen entspricht. Dies trifft besonders auf die neutralen Länder zu, in denen die "DDR" mit Hilfe ihrer sogenannten Handelsmissionen unverhältnismäßig große Propagandastäbe unterhält, die zum Teil mit sehr geschickt aufgemachtem Material in der Öffentlichkeit der betreffenden Länder auftreten.

### Mehr Koordination!

Bekanntlich steht dem Bundeskanzler ein spezieller Fonds unter anderem auch für die Auslandsarbeit der Bundesrepublik zur Verfügung. Andere Ministerien haben ebenfalls einige Möglichkeiten, um im Ausland für eine sachliche und gut fundierte Aufklärung über das tatsächliche Leben in der Bundesrepublik zu sorgen. Es scheint uns jedoch, daß durch eine bessere Koordination der einzelnen zur Verfügung stehenden Informationsaktivitäten ein positiveres Ergebnis als bisher erzielt werden könnte. Bei den nach den Parlamentsferien beginnenden Etatberatungen sollte der Bundestag diesem Problem seine besondere Aufmerksamkeit widmen.

+ + +

So ändern sich die - Artikel

Von unserem Korrespondenten in Genf, Bruno Kuster

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß die amerikanische Regierung ihre seit Jahren eingenommene Haltung in der Frage der Kontrolle über ein Verbot der Atomversuche überprüft hat. Damit erhält die schon sehr vage gewordene Hoffnung neue Nahrung, daß man doch noch zu einem internationalen Abkommen über die Einstellung der Bombentests gelangt, sofern nicht die Sowjetunion ihrerseits nach neuen Ausflüchten sucht.

"Entdeckungen"

Die zu erwartende Änderung der amerikanischen und damit der westlichen Haltung würde darin bestehen, daß die Forderung nach Errichtung eines schwerfälligen internationalen Kontrollapparates zugunsten des Vorschlags der acht neutralen und an der Genfer Abrüstungskonferenz teilnehmenden Staaten, der ja auch die kategorische Unterstützung des Weltkirchenrates gefunden hat, aufgegeben würde. Dieser sieht vor, sich unter einer internationalen Kontrollbehörde mit nationalen Inspektionen zu begnügen, nachdem Experten schon vor geraumer Zeit zu der Auffassung gelangt sind, daß atomare Explosionen in der Atmosphäre, im Wasser oder unter der Erde - von nationalen Beobachtungsstationen aus als solche identifiziert werden können. Dadurch würden im geheimen durchgeführte Atomversuche ebenso entdeckt werden können, wie durch internationale Inspektionen, die von der Sowjetunion als Spionage abgelehnt werden. Weder die bisherigen westlichen noch die Vorschläge der blockfreien Staaten bieten indessen eine Garantie gegen einen Bruch des Atomstop-Vertrages.

Es ist nun recht lehrreich, wenn auch nicht gerade erbaulich, zu beobachten, wie die westliche Kehrtwendung psychologisch vorbereitet wird. Man spricht von "neuesten technischen Entwicklungen", die es nun plötzlich gestatten, auch unterirdische Atombombenversuche festzustellen und von Erdbeben zu unterscheiden. Dabei sind diese Entwicklungen mindestens schon so alt und so bekannt, daß die acht blockfreien Staaten ihre Vorschläge eben gerade darauf aufbauen konnten.

Späte Kritik an die eigene Adresse

Noch vor kurzem gehörte es zum guten Ton, den acht neutralen Staaten fehlenden Wirklichkeitssinn, mangelndes Verständnis für die west-

lichen Sicherheitsbedürfnis und zu große Nachgiebigkeit gegenüber dem sowjetischen Standpunkt vorzuwerfen. Die "maßgebende" Presse erblickte ihre Mission einfacherweise darin, den westlichen Inspektionsplan mit allen seinen zahllosen Varianten durch dick und dünn zu verteidigen, anstatt von ihrer Möglichkeit Gebrauch zu machen, die Dinge unabhängig und objektiv zu beurteilen, und auf diese Weise dazu beizutragen, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden.

Doch nun scheint sich das Blatt zu wenden. In den letzten Juli-Tagen "entdeckte" beispielsweise die "Neue Züricher Zeitung" in einem Leitartikel plötzlich, der Plan der Achse stelle "die heute wohl einzig mögliche und auch annehmbare Lösung des Problems dar." Es sei "das Zeichen eines Mangels an Beweglichkeit und zugleich an realistischer Einsicht", daß die Westmächte "nicht sofort den von den Neutralisten und Neutralen vorgezeichneten Weg beschritten... Man ließ also eine Gelegenheit für eine Durchbrechung der erstarrten Fronten ungenutzt vorübergehen."

#### Vernichtendes Eingeständnis

Die gleiche Zeitung, die sich jahrelang selbst so große Mühe gegeben hat, die amerikanische Taktik zu rechtfertigen und gegen jede kritische Äußerung in Schutz zu nehmen, schreibt heute über das vom Westen geforderte Kontrollsystem, das geradezu in den Rang eines Glaubensdogmas erhoben worden war,

"daß niemand im Ernst an seine Verwirklichung glauben konnte".

Ein wahrhaft vernichtendes Eingeständnis!

Ohne sich im geringsten über ihre eigene Mitverantwortung für den jetzt ungeprägerten Mangel an Beweglichkeit und realistischer Einsicht aufzuhalten, richtet die Zeitung an die Vereinigten Staaten und Großbritannien die Aufforderung, jetzt endlich

"auf die neuen Möglichkeiten eines Verbotssystems ohne internationale Inspektion" einzugehen und "den eindrucksvollen Schritt nach vorwärts zu tun, den man erwartet."

Jetzt "erwartet man" ihn, weil man gut genug informiert ist, um zu wissen, daß es nur noch eine Frage der Zeit und der Formen ist, wie die bereits beschlossene Wendung dem staunenden Publikum vorgeführt und schmackhaft gemacht werden soll, ohne das Gesicht zu verlieren.

#### Zwischen Hoffnung und Bangen

Es ist nun damit zu rechnen, daß der amerikanische Cheffdelegierte Jean die neuen Vorschläge in den nächsten Sitzungen zur Diskussion stellen wird. Hierbei muß man jedoch wissen, daß die USA p r i n z i p i e l l bei ihrer Forderung nach internationalen Inspektionen bleiben, aber eine gewisse Beweglichkeit bei der weiteren Behandlung dieses Problems zeigen wollen. Infolgedessen wird es auf Moskau ankommen, ob zwischen dem sowjetischen "Njet", dem vorsichtigen amerikanischen Kompromißmanöver und der bekannten Haltung der Neutralen eine Verbindung hergestellt werden kann. Man bleibt also in Genf zwischen Hoffnung und Bangen.

+ + +

### Symptomatisch ?

#### "Air-France" und die Oder-Neiße-Linie

sp. Dieser Tage ging eine interessante Notiz durch die deutsche Presse. Die "Deutsche Lufthansa" ließ mitteilen, sie billige die Kritik einer von ihr vertriebenen Werbebroschüre, in der die deutschen Ostgebiete als zu Polen gehörig eingezeichnet sind. Allerdings, so betonte die "Deutsche Lufthansa", handele es sich hierbei um eine von der "Air France" herausgegebene Broschüre, die von dieser Fluggesellschaft redaktionell bearbeitet worden sei. Die "Deutsche Lufthansa" habe den deutschsprachigen Teil der Auflage "ohne vorherige Prüfung erworben, weil sie mit der Veränderung nicht gerechnet habe".

Die Sache ist damit erledigt, jedenfalls für die "Deutsche Lufthansa". Als Symptom bleibt der Vorgang jedoch bestehen, zumal - nach unseren Informationen - die "Air France" nicht daran denkt, die in französischer Sprache erscheinende Auflage der Broschüre aus dem Verkehr zu ziehen. In dieser Ausgabe sind die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie als zu Polen gehörig eingezeichnet.

Bei der "Air France" hat man sich offensichtlich "nichts gedacht", als man diese Broschüre herausgab. Man hat vielleicht sogar geglaubt, richtig zu handeln, nachdem der französische Staatschef de Gaulle vor nunmehr gut einem Jahr bereits zu erkennen gegeben hat, daß für ihn die Oder-Neiße-Linie als "endgültig" gelte. Erinnern wir uns: Damals wurde Staatspräsident de Gaulle während einer Pressekonferenz in Paris gefragt, wie er die Grenzregelung im Osten Deutschlands beurteile. Die Antwort war so eindeutig, daß es nicht einmal dem Auswärtigen Amt in Bonn gelang, eine für deutsche Verhältnisse annehmbare Interpretation zu erhalten. Seitdem ist die Frage der Oder-Neiße-Linie im diplomatischen Verkehr zwischen Bonn und Paris ein "Tabu", über das nicht mehr gesprochen wird.

Vielleicht könnte die Werbebroschüre der "Air France", deren deutschsprachige Auflage nunmehr von der Lufthansa aus dem Verkehr gezogen wurde (was die "Air France" keinesfalls daran hindert, auch die deutschsprachige Auflage weiter zu verteilen), Anlaß zu einer erneuten Demarche des Bonner Auswärtigen Amtes beim französischen Außenministerium bieten, um das "Tabu" einmal zu durchstoßen.

Die "Air France" ist keine Privatgesellschaft; sie untersteht dem französischen Staat. Es müßte daher relativ einfach sein, auf dem Wege über die Publikation der "Air France" die offizielle französische Meinung zu der beanstandeten Broschüre kennenzulernen.

## Widerstand gegen sozialen Fortschritt in Lateinamerika

Von Max Diamant

In Lima herrscht seit dem 16. Juli eine Diktatur der peruanischen Generale. Es ist kein Zufall, daß die "preußischste" aller lateinamerikanischen Militärkassen an einem Jahrestag der Franco-Verschwörung in Spanien die Zügel der Macht an sich riß.

Peru ist jetzt das vierte Land in Lateinamerika, in welchem die Militärs ihre Rückkehr zur Macht um jeden Preis durchzusetzen suchen. In Venezuela sind die verschiedenen Offizierscliquen bei ihren Versuchen der Machtergreifung in den beiden letzten Jahren immer wieder am Widerstand der organisierten Arbeiter gescheitert. In Brasilien hatten die Generale dagegen die Kraft, den Präsidenten Janos Quadros zum Rücktritt zu drängen, konnten dann aber mit ihrem Veto gegen den nachrückenden Präsidenten Goulart sich nicht durchsetzen. In Argentinien sind schließlich die Generale zur Absetzung und Verhaftung des Präsidenten Frondizzi geschritten, aber auf halbem Wege zur Macht entschieden sie sich dazu, den verfassungsmäßigen Anschein zu wahren und mit den politischen Kräften die Macht formal zu teilen. In Lima ist jetzt jedoch der Armeechef Gordoy zugleich zum Chef einer Militärjunta und zum Haupt der Staatspräsidentschaft ausgerufen worden.

### Das Volk zahlt die Zeche

Nicht nur für Peru, sondern für eine Reihe lateinamerikanischer Länder werfen die Vorgänge in Lima unmittelbar die Frage auf, ob die politische Führung in dieser Etappe der lateinamerikanischen Entwicklung wirklich an die Generale und damit an die Kräfte von gestern und vorgestern übergehen wird. Trotz des Anfangserfolges der Militärs in Peru ist klar, daß dieses Ordnungsprogramm die schwerkgeprüften lateinamerikanischen Länder wiederum mit neuen, zusätzlichen und schlimmen Erschütterungen bedroht. Für die, die die Vaterlandsliebe angeblich in Erbpacht haben und die eigene Tradition als Militärs immer wieder als "Patriotismus" ausgeben, ist die Ausübung der Macht aber höchste Reason. Gleich wie es kommt - das Volk zahlt die Zeche. Tatsächlich ist die politische und soziale Rückständigkeit Lateinamerikas durch die immer wiederkehrenden Militärdiktaturen zur jetzigen chronischen Krankheit dort geworden.

### Zusammenspiel der Diktaturen

Perus neue Regierung der Generale ist bezeichnenderweise zuerst von drei Diktatoren anerkannt worden: von Franco, von Salazar und von dem Generaldiktator der karibischen Halbinsel Haiti. Das zeigt, wie die Fäden laufen und wie bestimmte politische Kräfte in der westlichen Welt sich gruppieren. Die beiden alten lateinamerikanischen Diktaturen der Generale Somoza in Nicaragua und Alfred Stöessens in Paraguay, die bisher isoliert waren und um ihre Existenz ringen, verhalten sich reserviert und bleiben im Hintergrund. Doch die Mehrheit der lateinamerikanischen Regierungen und Völker haben auf den Staatsstreich von Lima

mit Erbitterung reagiert. Venezuela, Costa Rica, Honduras und St. Domingo haben die Einberufung einer Konferenz der "Organisation amerikanischer Staaten" beantragt und wollen durch Mehrheitsbeschluß eine Verurteilung des peruanischen Staatsstreichs und eine komplette außenpolitische Isolierung der neuen Diktatur erreichen.

#### Gegen Kennedy

Was Franco propegierte, das praktizieren jetzt die Generale von Lima: Sie wollen der Welt den Nachweis erbringen, daß es zwischen einer Ordnungsdiktatur und der Diktatur eines Fidel Castro und der der Kommunisten keine Wahl gibt. Insofern ist der Staatsstreich von Lima und der Kurs auf Ausschaltung der politischen Kräfte des peruanischen Volkes ein gezielter Stoß der verbündeten, reaktionären und oligarchischen Gruppen gegen Kennedys Bemühungen, durch ein Programm des sozialen Fortschritts die heutigen Voraussetzungen für eine sonst unvermeidliche gewaltsame soziale Revolution in Lateinamerika aufzuheben. So geschehen, ist der Staatsstreich von Lima eine ernste Kampfansage der lateinamerikanischen Reaktion, die dabei in den USA selbst sicher Verbündete am Werk hat. Deutlich steckt dahinter die Hoffnung, durch das Gewicht neu geschaffener und definitiver politischer Tatbestände die Sozialreformer um Kennedy "zur Vernunft" zu zwingen. Als letztes Druckmittel gegen Washington muß die Drohung mit einem nationalbolschewistischen Kurs erhalten, der denn ein Bündnis mit den kommunistischen Kräften zeitigen könnte.

#### Kommunisten fischen wieder im Trüben

Das erklärt die entschiedene Reaktion Kennedys auf Lima. Diesmal hat die Washingtoner Regierung alle diplomatische Zurückhaltung aufgegeben und sofort diplomatische Beziehungen und Finanzhilfe jeder Art eingestellt. Das erklärt aber auch zum grossen Teil die Umrisse des geschickten innenpolitischen Spiels, durch das die peruanischen Generale die vorhandene Spaltung und Lähmung der politischen Kräfte für ihre eigenen Machtzwecke ausnutzen konnten. Denn im Grunde konnten in Peru die Generale die Macht an sich reißen und sich vorerst behaupten, weil die sozial und politisch tief zerklüfteten Kräfte des Volkes dort bei den letzten Präsidentschaftswahlen in drei annähernd gleichstarken Blöcken sich gegenüberstanden. Die Generale haben alle Kräfte gegeneinander ausgespielt und alle Stimmungen ausgenutzt; sie machten offen gegen Washington Front, und treten nun auch mit der "nationalen" Sammelparole auf, behaupten, daß sie die "heiligen Souveränitätsrechte" gegen ausländische Binnmischung schützen wollen, und genießen die stillschweigende Unterstützung der kommunistischen Kräfte. Dieses denkwürdige Zusammenspiel findet in der zwielfichtigen Formel der peruanischen Kommunisten seinen Ausdruck: gegen die Wahlfarce und gegen eine Diktatur für eine demokratische Union!

Die peruanischen Generale haben alle Warrungen der APRA, der Gewerkschaften und auch die Ermahnungen der Kirchenfürsten und die Kennedys in den Wind geschlagen, und zehn Tage vor Ablauf des ordentlichen Präsidentschaftstermins den amtierenden Präsidenten Dr. Prado in Haft gesetzt. Auch das neugewählte Parlament und alle unbequemen politischen Sprecher wurden mundtot gemacht und "sichergestellt". - Nunmehr wollen die Generale "legal" verfahren. Sie haben den verhafteten Präsidenten entlassen und außer Landes geschickt. Der Ausnahmezustand ist aufgehoben. Parteien sollen wieder zugelassen werden. Man töt jetzt eine "legale Diktatur" aus.